

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Feuerwehr, Ordnung und Bürgerdienste

Sitzungstermin: Mittwoch, den 07.02.2024

Sitzungsbeginn: 16:33 Uhr

Sitzungsende: 17:52 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Sarah Buss

stv. Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

Ordentliche Mitglieder

Herr Harald Bathmann

Herr Rolf-Werner Blesene

Vertretung für Herrn Volker Rudolph

Herr Hermann Gossel

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Frau Almut Kahmann

Herr Artur Mannott

Vertretung für Frau Saskia Buschmann

Herr Manfred Möhlmann

Herr Gunnar Ott

Herr Johann Reiter

Vertretung für Frau Dore Löschen

Herr Georg Saathoff

Frau Hilde Ubben

Vertretung für Herrn Hermann Ihnen

Beratende Mitglieder

Herr Reinhard Warmulla

vom Rat

Frau Heidrun Weber

ab 16.55 Uhr

von der Verwaltung

Frau Katja Lorenz

ab 17.00 Uhr

Herr Helmut Lücht

Protokollführer

Frau Laura Vorwerk

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Frau Saskia Buschmann

Herr Hermann Ihnen

Frau Dore Löschen

Herr Volker Rudolph

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Buss begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung dieses Fachausschusses und eröffnet die Sitzung um 16.33 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Buss stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben der Verwaltung vor.

**TOP 6 Satzung über die Gebühren für Bewohnerparkausweise in der Stadt Aurich
Vorlage: 24/017**

Herr Bargmann kritisiert bei der Gremienfolge die Nichtbeteiligung des Finanzausschusses. Nach kurzer Aussprache besteht Einigkeit im Ausschuss, künftig bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen, wie z.B. Parkgebühren, neben dem sachlich zuständigen Ausschuss auch den Finanzausschuss zu beteiligen. Eine Abstimmung hierüber erfolgt nicht.

Empfehlungsbeschluss:

Die Gebühr für Bewohnerparkausweise in der Stadt Aurich wird ab dem 01.05.2024 auf 70,00 Euro pro Jahr angehoben.

Die Bewohnerparkausweisgebührensatzung wird wie in der Anlage beigefügt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme

TOP 7 Anfrage der Ratsfrau Heidrun Weber, hier: Zustand der Gebäude Ortsfeuerwehr Aurich-Kernstadt
Vorlage: ANFRAGE 24/001

Die Anfrage von Frau Heidrun Weber zum baulichen Zustand der Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Aurich wurde von der Verwaltung in einer ausführlichen Stellungnahme beantwortet. Bei einer Untersuchung der Feuerwehr-Unfallkasse wurden einige Mängel festgestellt und die Verwaltung hat daraufhin einige Maßnahmen zur Verbesserung eingeleitet. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis. Im Ausschuss wird darauf hingewiesen, dass die Planungen für einen Neubau des Feuerwehrhauses für die Schwerpunktfeuerwehr Aurich zügig durchgeführt werden sollten. Frau Weber bittet die Verwaltung, bei der Neubauplanung alternative Finanzierungsmodell wie z.B. PPP, zu prüfen. Gegen diesen Vorschlag erheben einige Mitglieder große Bedenken.

TOP 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Anfrage zur Vorhaltung von Notstromaggregaten für die Landwirtschaft
Vorlage: ANTRAG 23/063

Herr Ott stellt seinen Antrag zur Vorhaltung von Notstromaggregaten für die Landwirtschaft ausführlich vor. Im Rahmen der Aussprache sehen die Ausschussmitglieder die Zuständigkeit nicht bei der Stadt Aurich. Herr Lücht erläutert, dass der Landkreis Aurich für den Katastrophenschutz zuständig ist. Auf Nachfrage habe der Landkreis mitgeteilt, dass die Landwirte darauf hingewiesen worden sind, eigene Konzepte für die Notfallversorgung zu entwickeln. Die Anfragen von Herrn Ott werden von Herrn Lücht beantwortet. Wie Herr Lücht ausführt, erstellt die Stadt Aurich ein eigenes Stabskonzept zur Vorbereitung auf außergewöhnliche Ereignislagen.

TOP 9 Übertragung der Wohngeldsachbearbeitung an den Landkreis Aurich
Vorlage: 24/024

Herr Bargmann stellt den Antrag der CDU-Fraktion auf Übertragung der Wohngeldsachbearbeitung auf den Landkreis Aurich, Antrag 23/061, ausführlich vor. Nach dem aktuellen Budgetplan der Stadt weist die Wohngeldsachbearbeitung ein Defizit von 230.800 Euro aus. Durch eine Bündelung der Wohngeldsachbearbeitung beim Landkreis könne effizienter gearbeitet werden und er hält eine Einsparung bei der Stadt Aurich von bis zu 60.000 Euro für möglich. Seitens der Verwaltung wird die Beschlussvorlage 24/024 erläutert. Das ausgewiesene Defizit setzt sich im Wesentlichen aus den Personalkosten zusammen. Die Verwaltung hat wie alle Kommunen auf die durch die Wohngeldreform 2023 gestiegene Antragsflut reagiert und das Personal aufgestockt und ausgebildet. Der Landkreis habe in Gesprächen durchaus Interesse an einer Übernahme der Sachbearbeitung gezeigt. Eine Übernahme wäre auch mit Synergieeffekten verbunden, da der Landkreis bereits die Wohngeldsachbearbeitung für die kreisangehörigen Gemeinden und für die Stadt Norden durchführt. Da die Sachbearbeitung aber in Norden erfolgt und auch kein Wechsel ins Kreishaus nach Aurich vorgesehen ist, würde eine Änderung zu einer deutlichen Verschlechterung für die Auricher Bürgerinnen und Bürger führen, da sie weite Fahrwege bei persönlichen Vorsprachen in Kauf nehmen müssten. Der Landkreis hat eindeutig signalisiert, dass eine Übernahme des städtischen Personals nicht erfolgen würde. Frau Vorwerk verdeutlicht die mit einer Aufgabenübertragung verbundenen personellen Auswirkungen für die Stadt. Die Sachbearbeiterstellen im Wohngeld sind alle nach Entgeltgruppe 9a TVöD dotiert. Unbesetzte Stellen dieser Vergütungsgruppe gibt es zurzeit in der Verwaltung nicht und auch die Personalentwicklung

der nächsten fünf Jahre lässt keinen Freiraum für Umsetzungen zu. Im Rahmen der Aussprache wird kontrovers über die beantragte Übertragung der Wohngeldsachbearbeitung diskutiert, wobei das Thema Bürgernähe eine hohe Priorität besitzt. Da keine Statistiken über die persönlichen Bürgerkontakte im Bereich Wohngeld vorliegen, wird die Verwaltung gebeten, diese Daten über einen Zeitraum von zwei Monaten zu ermitteln und danach dem Ausschuss vorzulegen. Mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen stimmt der Ausschuss der Vertagung des Tagesordnungspunktes zu.

TOP 10 Anfragen an die Verwaltung

Frau Kahmann fragt an, was mit dem alten Feuerwehrhaus in Middels passieren soll. Seitens der Verwaltung wird berichtet, dass dort u.a. die Kleiderkammer der Feuerwehr untergebracht ist und dass eine anderweitige Verwertung des Gebäudes derzeit nicht geplant ist.

Herr Warmulla fragt an, welche Erfahrungen die Stadt mit der Einrichtung der Terminverwaltung gemacht hat. Herr Lücht berichtet, dass die Terminverwaltung als erstes im Bürgerbüro eingerichtet worden ist und bislang gute Erfahrungen gemacht worden sind. Die Abläufe im Bürgerbüro sind strukturierter und die Bürger haben verlässliche Termine ohne Wartezeiten.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 12 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 17.42 Uhr.